

Marie Juchacz als Frauensekretärin der SPD

Susanne Miller

»Ich wurde immer irgendwie aufgespürt, für eine Funktion ausgesucht und vorgeschlagen oder gerufen. Niemals habe ich mich zu einem Amt gedrängt, stets wurde mir die neue Verantwortung angeboten.« So beschrieb Marie Juchacz selber ihren politischen Lebensweg. Betrachtet man ihn unter dem Gesichtspunkt der »Funktionen und Ämter«, so traf sie damit sicherlich das ihn Kennzeichnende. Es waren jedoch ihre eigene Kraft und ihre Leistungen, durch die sie sich das Vertrauen ihrer Partei erwarb, ein Vertrauen, das sie stets als eine Verpflichtung zu noch größeren Anstrengungen empfand. An der gleichen Stelle ihres autobiographischen Rückblicks betonte Marie Juchacz das Element des Zufalls bei ihrem Aufrücken in den Vorstand der SPD – zweifellos mit Recht. Denn es lag ihr fern, sich selber planmäßig eine politische Karriere aufbauen zu sollen; auch war sie bei ihrer Wahl in den Parteivorstand im Jahre 1917 nicht so allgemein bekannt und angesehen, daß diese Wahl eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Dennoch zeigt ihre Laufbahn eine völlige Gradlinigkeit und innere Folgerichtigkeit, die sowohl durch ihre Persönlichkeit als auch durch die Zeitumstände, unter denen sie wirkte, bedingt waren.

Marie Juchacz' politische Tätigkeit begann in Berlin. Im Jahre 1906 war sie aus ihrem Geburtsort Landsberg an der Warthe in die Reichshauptstadt gekommen. Hinter ihr lagen damals eine Kindheit in einer verarmten Handwerkerfamilie, eine harte Zeit als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin und Krankenwärterin, eine kurze und unglückliche Ehe mit einem Schneidermeister, von dem sie sich trennte, um mit ihren zwei Kindern – einer Tochter von zwei Jahren und einem Sohn von sechs Monaten – ein neues Leben anzufangen. Hilfe erhielt sie dabei von ihrem älteren Bruder Otto, der sie mit den Ideen der Arbeiterbewegung bekanntgemacht hatte, und von ihrer jüngeren Schwester Elisabeth, mit der sie bis zu deren frühem Tod menschlich und politisch aufs engste verbunden blieb. Die beiden Schwestern wohnten in Berlin zusammen, erzogen gemeinsam ihre Kinder und verdienten sich ihren Lebensunterhalt durch Schneiderei und Weißnähen. Politisch fanden sie zunächst ihr Arbeitsfeld im Frauen- und Mädchenverein, dem Vorläufer der damals noch verbotenen sozialdemokratischen Frauenbewegung. Bereits ein Jahr später war Marie Juchacz die Vorsitzende dieser Organisation in Schöneberg. Als 1908 ein Reichsvereinsgesetz verabschiedet wurde, das Frauen die offizielle Mitglied-

schaft und Betätigung in der Sozialdemokratischen Partei gestattete, wurde Marie Juchacz in die örtlichen Berliner Parteivorstände gewählt, zuerst in Neukölln, dann im Wahlkreis Teltow-Beskow-Storkow-Charlottenburg. Bald standen beide Schwestern mitten in der Parteiarbeit, leiteten Informations- und Diskussionsabende für Frauen, warben für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmerinnen, beteiligten sich an Demonstrationen und traten als Versammlungsrednerinnen auf, nicht nur in Berlin, sondern auch in vielen größeren und kleineren Orten des Reichs. Auf einer Versammlungsreise im Rheinland, auf die sie die damalige Frauensekretärin Luise Zietz schickte, wurde Marie Juchacz von der dortigen Parteiorganisation »aufgespürt«: Es wurde ihr der Posten einer Frauensekretärin im Parteibeziirk Obere Rheinprovinz – zu dem die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier gehörten – angeboten. Sie nahm an, zog mit ihrer Schwester und ihren Kindern nach Köln und war dort vom 1. 3. 1913 bis 15. 5. 1917 Parteisekretärin sowie Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Bezirkskommission.

Es ist nicht von ungefähr, daß es ein Parteibeziirk im Rheinland war, der den damals ungewöhnlichen Entschluß faßte, eine eigene Frauensekretärin anzustellen. Denn dort war die Gewinnung insbesondere der Frauen für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vor allem erschwert durch den Einfluß der katholischen Kirche, ihrer zahlreichen Vereine und ihrer politischen Vertretung, der Zentrumsparlei. Die Haupttätigkeit der Frauensekretärin sollte in der Provinz liegen, wo besonders in der Textilindustrie des Aachener Gebiets eine wachsende Zahl von Frauen beschäftigt war. Eine organisatorische Parteiarbeit der Sozialdemokratie unter diesen Frauen war bis dahin aus Mangel an Kräften noch gar nicht angelaufen. Zum ersten Mal wurde in Aachen Ende August 1913 ein sozialdemokratischer Frauenabend veranstaltet; Marie Juchacz war die Rednerin und sprach über »Die Stellung der Frau zur Organisation und Mutterpflichten«. Wie die »Rheinische Zeitung« berichtete, nahmen fast hundert Frauen und einige Dutzend Männer an dieser Versammlung teil. Mögen diese Zahlen in der Parteizeitung auch etwas nach oben abgerundet worden sein, so war es doch zweifellos ein Erfolg der neueingestellten Frauensekretärin, daß von da an jeden Monat ein Frauenabend in Aachen stattfand. Dies sei als ein Beispiel ihres Wirkens erwähnt, dem viele andere hinzugefügt werden könnten.

Die Versammlungstätigkeit – von der Planung, Organisierung und Werbung auf Grund in mühsamer Kleinarbeit zusammengetragener Adressenlisten bis zur Vorbereitung des eigenen Referats – war jedoch nur ein Teil der Aufgaben, die Marie Juchacz mit ihrem neuen Amt zu fielen. Vielleicht noch größere Ansprüche an ihre Zeit und Arbeitskraft wurden gestellt durch ihren unmittelbaren Kontakt mit den Frauen, die sich an sie wandten. Sie suchten ihre Hilfe bei den verschiedensten Problemen sowohl im Betrieb als auch in der Familie, und Marie Juchacz beriet sie in arbeitsrechtlichen Fragen ebenso wie in den täglichen Problemen und Nöten, die das Leben einer Arbeiterfrau mit sich brachten. Wenn sie in ihrer späteren Tätigkeit als zentrale Frauensekretärin die Funktionärinnen immer wieder ermahnte, sich nicht darauf zu beschränken, Frauenversammlungen zu veranstalten, und ihnen empfahl, die Frauen aufzusuchen, um mit ihnen auch ganz persönliche Gespräche zu führen und dabei auf ihre Sorgen geduldig einzugehen, so griff sie dabei sicherlich auf ihre eigenen Erfahrungen zurück. Es scheint, daß die Zeit, als sie den für die Sozialdemokratie so steinigen Boden im Rheinland beackerte, ihr in positiver, vielleicht sogar nostalgischer Erinnerung blieb. Denn Mitte der zwanziger Jahre meinte sie, es sei früher doch leichter gewesen, Frauen für die Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Es war Marie Juchacz nur wenig Zeit vergönnt, stetig und systematisch die Frauenbewegung im oberrheinischen Parteibeziirk aufzubauen. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges änderte grundlegend die Bedingungen politischer Arbeit. Bis dahin hatte sich die Sozialdemokratie als die Opposition gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien verstanden. Am 4. August 1914 stimmte jedoch die sozialdemokratische Fraktion geschlossen mit den anderen Fraktionen des Reichstags für die Bewilligung der Kriegskredite. Die Minorität, die am Vortag in der Fraktionssitzung gegen dieses Votum gestimmt hatte, fügte sich der Fraktionsdisziplin. Nun war die offizielle Parole der Partei nicht mehr Kampf gegen den monarchischen Obrigkeitsstaat und die ausbeuterische Klassengesellschaft, sondern Vereinigung aller Kräfte zur Abwehr des äußeren Feindes. Damit hatte die Sozialdemokratie nicht aufgehört, sich für die Rechte der Arbeiter und für die Besserung des Loses der Notleidenden einzusetzen. Aber die Akzente waren verschoben: Die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie – wie die fast aller kriegführenden

Staaten – hatte sich in die jeweilige nationale Front eingereiht und setzte sich für den Sieg des eigenen Landes ein. Die Entscheidung für die Bewilligung der Kriegskredite empfand Marie Juchacz nach eigener Aussage »wie eine Zentnerlast, die mich bedrückte, wo immer ich war«. Doch hat sie – soweit sich feststellen läßt – nie erwogen, zur Parteiminderheit überzugehen und mit dieser gegen die offizielle Politik der Partei zu opponieren. Dieser Konflikt blieb ihr vielleicht auch deswegen erspart, weil die meisten Mitglieder und Funktionäre des oberrheinischen Parteibeziirks die Politik der Parteiführung, repräsentiert vor allem durch Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann, unterstützten. Möglicherweise hätte sie sich anders verhalten, wenn ihr Wirkungskreis in einem der Zentren der innerparteilichen Opposition – die sich hauptsächlich in Berlin, am Niederrhein, in Sachsen und in den thüringischen Staaten befanden – gelegen hätte. In ihrem eigenen politischen und persönlichen Umfeld spielten die Auseinandersetzungen, die im Laufe des Krieges die Sozialdemokratie auseinanderrissen, eine verhältnismäßig geringe Rolle. So konnte sich Marie Juchacz mit ganzer Kraft den neuen Aufgaben widmen, die sich aus der Kriegssituation ergaben.

Nach Kriegsausbruch wurde in einem Rundschreiben von Luise Zietz, die von Anfang an innerlich auf Seiten der Parteiminderheit stand, auf diese Aufgaben hingewiesen (veröffentlicht in »Die Gleichheit« vom 28. August 1914):

»Partei Vorstand und Generalkommission (der Gewerkschaften) haben die proletarischen Frauen Deutschlands aufgerufen zu einer allgemeinen Hilfsaktion.

Angesichts der unsäglichen Not und dem furchtbaren Jammer, die der Krieg über die Arbeiterfamilien bringt, gilt es, den verzweifelten Frauen, den verwaisten Kindern, den Arbeitslosen, den Kranken und Leidenden mit Rat und Tat beizustehen. Die Genossinnen sollten persönlich Fühlung nehmen mit den Hilfesuchenden und in kameradschaftlicher Weise ihnen beistehen.

Als wichtigste Arbeitsgebiete dieser Hilfsaktion kämen etwa die folgenden in Betracht, die am besten allorts bestimmten Frauengruppen zugewiesen werden:

1. Auskunftserteilung;
2. Kommunale Arbeit;
3. Kinderfürsorge;
4. Kranken- und Wöchnerinnenhilfe.«

Die Konzentration sozialdemokratischer Frauen auf fürsorgliche Tätigkeit im Krieg war also von der Parteiführung beschlossen worden, in welcher Form dies geschehen konnte, hing aber weitgehend von den örtlich vorhandenen Möglichkeiten ab. Daß diese überall nur sehr begrenzt waren, lag einerseits generell an der sich im Laufe des Krieges immer mehr verschärfenden Knappheit an Lebensmitteln, Brennmaterial und allen Konsumgütern sowie an der wachsenden Teuerung, für die Frauen aber noch speziell an ihrer politischen Einflußlosigkeit, waren sie ja von parlamentarischen Körperschaften auf allen Ebenen ausgeschlossen. So mußten sich die Frauen meist auf karitative Aufgaben und Selbsthilfemaßnahmen beschränken. Für beides bot sich Marie Juchacz in Köln ein Rahmen, in dem sie nie zuvor gewirkt hatte. Der Stadtverband Kölner Frauenvereine, dem bis dahin keine Sozialdemokratin angehört hatte, rief nach Kriegsausbruch die Kölner Frauen auf, sich für Kriegsarbeit zur Verfügung zu stellen. Marie Juchacz, ebenso wie andere sozialdemokratische Funktionärinnen, entschloß sich, in diesem ihr bis dahin fremden Kreis, der die »Nationale Frauengemeinschaft« bildete, mitzuarbeiten. Als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauengruppe gehörte sie ihrem Vorstand an, hielt schon im November 1914 einen Vortrag über »Die sozialen Pflichten der Frau im Krieg«, befaßte sich mit Fragen der Wohlfahrtspflege und der Volksernährung, setzte sich für eine bessere Unterstützung der Kriegerfamilien und der Kriegshinterbliebenen ein, beteiligte sich an der Errichtung von Kinderkrippen und Kindergärten, von Volksküchen und Wärmehallen und organisierte die Vermittlung von Aufträgen für Heimarbeiterinnen durch eine von der »Nationalen Frauengemeinschaft« geschaffene Werkstatt, die ihnen bessere Löhne zahlte als die Fabrikanten.

Die Parteiorganisation der Sozialdemokratie erlitt im Krieg ungeheure Verluste. Sie waren verursacht durch die Einberufung der Männer an die Front – von denen viele nicht mehr oder schwererwundet wiederkehrten – aber auch durch den mit großer Bitterkeit geführten Streit zwischen Mehrheit und Minderheit, der schließlich zum Bruch führte. Nachdem im

März 1916 eine Gruppe von zunächst 18 Abgeordneten die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlassen hatte, um als »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« eine eigene Fraktion zu bilden, gründeten die Anhänger dieser Minderheit zu Ostern 1917 die »Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands« (USPD). Nicht nur einzelne Oppositionelle, sondern ganze Bezirks- und Wahlkreisverbände der seit 1875 geeinten Partei schlossen sich der USPD an. Aber selbst in den Bezirken, die von dem Riß, der durch die Partei ging, weitgehend verschont blieben, war der Mitgliederschwund groß – und bei den Frauen meist noch größer als bei den Männern. Im Bezirk Oberrhein war die Zahl der weiblichen Mitglieder zwischen 1913 und 1914 von 1.700 auf 1.902 gestiegen, im März 1917 gab es dort nur noch 247 Frauen, während die Mitgliederzahl bei den Männern zwischen 1914 und 1917 von 15.458 auf 3.398 sank. Die von Marie Juchacz in jenem Bezirk begonnene organisatorische Arbeit unter den Frauen war durch den Krieg weitgehend vernichtet worden.

Es spricht alles dafür, daß nicht das Überwecheln von der »Mutterpartei« zur Neugründung von 1917 der wesentliche Grund für den enormen Rückgang der Frauenmitgliedschaft in der gesamten Partei war – von 174754 im März 1914 auf 66608 im März 1917 –, sondern daß die ungeheuren seelischen und physischen Belastungen des Krieges die Frauen so zermürbten, daß ihnen keine Kraft für politisches Engagement blieb. Wieviele Frauen die Sozialdemokratische Partei verlassen haben, um in der USPD ihre politische Heimat zu finden, läßt sich nicht ermitteln. Fest steht aber, daß es unter den Frauen, die sich von der alten Partei aus Protest gegen deren Politik im Kriege trennten, einige besonders fähige und aktive gab. Zwei von ihnen spielten in der Frauenarbeit eine herausragende Rolle: Clara Zetkin und Luise Zietz. Clara Zetkin gehörte seit ihrem Auftreten als Referentin über die Frauenfrage auf dem Internationalen Kongreß von 1889 in Paris zu den bekanntesten Sozialistinnen Europas, die der Frauenbewegung der deutschen Sozialdemokratie viele Jahre den Stempel ihrer kämpferischen und eigenwilligen Persönlichkeit aufgedrückt hat. Seit 1892 war sie die Redakteurin der Frauenzeitschrift der Partei »Die Gleichheit« und Sekretärin des Internationalen Sozialistischen Frauenbüros. Luise Zietz war als zentrale Frauensekretärin das einzige weibliche Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, sie

war erfahren in der Gewerkschaftsarbeit, eine gute Rednerin und tüchtige Organisatorin, die übrigens auch früh die politischen Fähigkeiten von Marie Juchacz erkannt hatte. Daß diese Frauen der Partei, für die sie ihr Leben lang gearbeitet hatten, den Rücken kehrten und ihre Gegnerinnen wurden, muß viele ihrer Genossinnen tief getroffen haben. Für die Parteiführung galt es nun, die entstandene Lücke zu füllen.

Schon 1916, als es sich absehen ließ, daß es zur Spaltung der Partei und zum Bruch mit der innerparteilichen Opposition kommen werde, bot Friedrich Ebert Marie Juchacz die Position der zentralen Frauensekretärin an. Sie nahm sie aber erst an, nachdem Luise Zietz durch ihren Eintritt in die USPD den Trennungsstrich zur Sozialdemokratischen Partei gezogen hatte. Am 15. Mai 1917 verließ Marie Juchacz das Frauensekretariat in Köln, um in Berlin ihre neue Aufgabe zu übernehmen. Auf dem Parteitag, der im Oktober 1917 in Würzburg stattfand, wurde sie mit 310 von 326 Stimmen in den Parteivorstand gewählt. Sie trat ein schweres Erbe an. Auch persönlich muß ihr der Abschied von Köln nicht leicht gefallen sein, ließ sie doch dort nicht nur ihre Kinder mit ihrer Schwester, sondern auch gute persönliche Freunde zurück, die sie bei ihrer dortigen Arbeit gewonnen hatte. Im Parteivorstand war sie die einzige Frau und war mit diesem Kreis wenig vertraut, zwar mit ihm verbunden durch ihre Pflichten, aber zunächst kaum durch menschliche Beziehungen. Hinzu kam, daß der innerparteiliche Kampf in Berlin besonders krasse Formen angenommen hatte und daß der größte Teil der Berliner Mitglieder – auch der Frauen – zur USPD gegangen war. Was für Marie Juchacz aber wohl am stärksten ins Gewicht fiel, war die Tatsache, daß sie nun die Ämter übernehmen mußte, die vor ihr so bewährte und angesehene Frauen wie Clara Zetkin und Luise Zietz innehatten. Denn mit dem Frauensekretariat ging auch die Redaktion der »Gleichheit« auf sie über, wenn auch der Reichstagsabgeordnete Heinrich Schulz, ein ehemaliger Lehrer, zunächst die eigentliche Schriftleitung besorgte. Mit einem Jahresgehalt von 3.600,— Mark wurde Marie Juchacz im Frühjahr 1917 vom Parteivorstand angestellt.

Auf dem Würzburger Parteitag, der für Marie Juchacz' politisches Wirken so entscheidend wurde, äußerte sie sich in zwei Diskussionsbeiträgen darüber, wo sie die Schwerpunkte ihrer künftigen Tätigkeit sah.

Sie wies darauf hin, daß die Frauenerwerbsarbeit, die im Krieg einen riesigen Umfang angenommen und für die Frauen eine besondere Notlage geschaffen habe, auch in Zukunft eine große Rolle spielen werde. Darum müsse die Partei der Sozialgesetzgebung nach wie vor die größte Aufmerksamkeit schenken und sie zugunsten des Frauenarbeitsschutzes vorwärts zu treiben suchen. »Ganz besonders«, so fuhr sie fort, »ist die verantwortliche Mitarbeit der Frauen auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu fördern. Solche praktische Arbeit unserer Genossinnen schafft zugleich einen fruchtbaren Boden für unsere Aufklärungsarbeit.« Für diese Aufgaben müßten die sozialdemokratischen Frauen gründlich geschult werden und die Partei müsse dafür sorgen, daß den Arbeiter-töchtern und -frauen die Möglichkeit zu einer guten Ausbildung für die Sozialarbeit verschafft werde, damit sie die bestehende Benachteiligung gegenüber bürgerlichen Kreisen aufholen können (Protokoll S. 265 f. und 441 f.). Einige weibliche Delegierte unterstützten in der Diskussion diese Ausführungen, und der Parteitag nahm den Antrag an, »auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt Frauenarbeit und Frauenschutz zu setzen«. Es scheint jedoch, daß die neue Frauensekretärin bei ihrem ersten Auftreten auf einem Parteitag nur geteilte Aufmerksamkeit fand. Denn nachdem Marie Juchacz ihren Diskussionsbeitrag beendet hatte, bat der ihr folgende Redner ironisch um Entschuldigung, daß er die Delegierten in ihrer Unterhaltung und Lektüre störe.

Marie Juchacz hatte also in ihrem neuen Amt alles andere als einen glänzenden Start. Verfolgt man ihre Tätigkeit als Frauensekretärin, so zeigt sich aber, wie unbeirrbar sie auf dem Wege weiterging, dem sie von Anfang an – noch etwas unbeholfen und ohne jede rednerische Brillanz – die Richtung gewiesen hat. Er ist gekennzeichnet von ihrer Überzeugung, daß die sozialdemokratische Frauenbewegung ein integraler Bestandteil der Gesamtpartei sein und bleiben muß. Sie sah ihre Aufgabe darin, die Partei immer wieder auf die Wichtigkeit der Gewinnung und Schulung von Frauen hinzuweisen, dafür vom Frauensekretariat aus Anregungen zu geben und die organisatorischen Möglichkeiten zu schaffen, dabei jedoch jeden Versuch, eine eigene Frauenorganisation innerhalb der Partei zu bilden, entschieden abzulehnen. Wenn sie, in Übereinstimmung mit dem allergrößten Teil ihrer Genossinnen und Genossen, die sozial-

politische und fürsorgliche Tätigkeit in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Frauenarbeit stellte, so war sie dabei von ihrer Erkenntnis motiviert, daß es zu den wichtigsten Zielsetzungen der Sozialdemokratie gehöre, auf diesen Gebieten bahnbrechend zu wirken und daß dabei die Frauen einen ganz entscheidenden Beitrag leisten könnten. Stets sah sie die Frauen als Mitarbeiterinnen in der Partei, deren besondere Lebenslage und psychologischen Dispositionen unbedingt beachtet werden mußten, die aber keine Sondergruppe bilden durften. Den größten Wert legte sie auf die Schulung der weiblichen Mitglieder und Funktionärinnen, um diese zu befähigen, im Interesse der Partei und deren politischer Ziele ihr Bestes zu geben.

Die deutsche Novemberrevolution, die dem militärischen Zusammenbruch folgte, änderte sozusagen mit einem Federstrich die Stellung der Frau im Staat. Am 10. November 1918 wurde der »Rat der Volksbeauftragten«, die zentrale Revolutionsregierung, aus je drei Sozialdemokraten der Mehrheitsrichtung und der USPD gebildet. Am 12. November verkündete er mit Gesetzeskraft eine Reihe einschneidender Reformen, für die sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung jahrzehntelang eingesetzt hatte. Dazu gehörte das Wahlrecht aller mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen für alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften. Das Frauenwahlrecht, das von den meisten bürgerlichen Parteien bis dahin abgelehnt und noch nicht einmal von allen Frauenverbänden gefordert worden war, wurde von der ersten sozialdemokratischen Regierung in Deutschland als selbstverständliche Konsequenz ihrer Programmatik eingeführt. Auf der ersten sozialdemokratischen Frauenkonferenz nach dem Kriege, im Juni 1919, erklärte Marie Juchacz, die Frauen befänden sich jetzt in einer Position, die noch vor Monaten von keiner Seite für möglich gehalten worden wäre:

»Wir sind nunmehr den Männern gleichberechtigt, sind politisch mündig geworden. Was wir jahrelang ohne die geringste Aussicht auf Erfolg erstrebt haben, was unter dem alten Regiment niemals möglich schien, ist plötzlich über Nacht gekommen. . . . was wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist fast märchenhaft, wenn wir einen Rückblick in die Vergangenheit tun.«

Grund zur Genugtuung gab es für die sozialdemokratischen Frauen jedoch nicht nur wegen der Erlangung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Die Revolution hat der Partei auch einen großen Zustrom weiblicher Mitglieder gebracht: Im März 1919 waren (soweit aus den damals noch unvollständigen Statistiken hervorgeht) über 200.000 Frauen in der Sozialdemokratischen Partei organisiert; der Vorkriegsstand war damit übertroffen, im Gegensatz zur Gesamtpartei, wo er noch nicht wieder erreicht war. In alle Parlamente waren Frauen eingezogen, die SPD lag dabei, verglichen mit den anderen Parteien, mit dem proportionalen Anteil weiblicher Abgeordneter an der Spitze.

Stärker noch als die erzielten Fortschritte stellte aber Marie Juchacz auf dieser Frauenkonferenz im Sommer 1919 die Aufgaben und Schwierigkeiten heraus, denen die sozialdemokratische Frauenarbeit gegenüberstand. Wie besonders der Wahlkampf um die verfassunggebende Nationalversammlung gezeigt hatte, fehlte es der Partei an geschulten Referentinnen für Frauenversammlungen. Es ging Marie Juchacz aber



Die sozialdemokratische Frauenfraktion in der Weimarer Nationalversammlung 1919 (3. v. r., sitzend, Marie Juchacz).

nicht nur um die Heranbildung von Rednerinnen, sondern darum, eine breite Schicht von Frauen zu überzeugen und zu aktiven Sozialdemokratinnen zu machen. »Was würde überhaupt die politische Gleichberechtigung für unser ganzes öffentliches Leben bedeuten, wenn die Frauen nur die Zahl der Wähler vermehren?«, fragte sie. Als Ziel schwebte ihr vor: »Die Frau muß in die Politik hineinwachsen, damit das ganze politische Leben durch die Teilnahme der Frau bereichert wird.« So sehr sie den Grundsatz betonte, »daß wir auch nicht einen Moment vergessen dürfen, daß wir unsere Interessen im Rahmen der Parteiorganisation zu vertreten haben«, sah sie gleichzeitig die Notwendigkeit einer gewissen Arbeitsteilung. Durch die Gleichberechtigung der Geschlechter sind deren psychologische Verschiedenheiten nicht aus der Welt geschafft, erklärte sie, »weil die Frauen doch Interessen haben, die wohl alle die Allgemeinheit angehen, aber die Männer im allgemeinen nicht so stark interessieren, und weil umgekehrt ein großer Teil der Frauen trotz der politischen Gleichberechtigung auch in nächster Zukunft nicht das Interesse für die große Politik haben wird, wie es vielleicht wünschenswert wäre«. Diese von Marie Juchacz vorgetragene Meinung wurde damals ebensowenig bestritten wie ihre Feststellung, daß mit der Einführung des Frauenwahlrechts der Grund entfalle, die während des Krieges bei manchen Gelegenheiten praktizierte Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauenverbänden zur Durchsetzung bestimmter Frauenforderungen fortzusetzen. Allerdings meinte Marie Juchacz in der von ihr verfaßten Broschüre »Praktische Winke für die sozialdemokratische Frauenbewegung« (Berlin 1919), daß ein öffentliches Zusammengehen mit bürgerlichen Vereinen »in allgemeinen Kultur- und Menschheitsfragen« auch weiterhin möglich sei. Darüber müsse von Fall zu Fall im Einverständnis mit der Organisationsleitung entschieden werden. Solch eine Zusammenarbeit spielte aber in der Folgezeit praktisch keine Rolle; in den Parlamenten kam es hingegen gelegentlich, vor allem bei sozialpolitisch wichtigen Gesetzen, zu einem gemeinsamen Vorgehen von Sozialdemokratinnen und weiblichen Abgeordneten anderer Parteien.

Um der Arbeit von Marie Juchacz als Frauensekretärin und der sozialdemokratischen Frauenbewegung der Weimarer Zeit insgesamt gerecht werden zu können, müssen die Rahmenbedingungen, unter denen sie

wirkte, beachtet werden. Die zweifellos wichtigste war die Tatsache, daß der Krieg zwar Millionen von Frauen zur Erwerbstätigkeit sowie zur persönlichen Selbständigkeit im täglichen Leben gezwungen hat und daß sich viele Frauen im Verlauf des Krieges an der Opposition gegen seine Fortsetzung beteiligt haben, daß aber eine eigentliche Politisierung breiter Frauenschichten durch das Kriegserlebnis nicht erfolgt war. Das zeigte sich nicht nur in dem bereits erwähnten enormen Rückgang der weiblichen Mitglieder in der SPD, sondern deutlicher noch in der geringen Beteiligung von Frauen an den revolutionären Ereignissen bei und nach Kriegsende. In der spontan sich im ganzen Lande entwickelnden Rätebewegung, die von den Soldaten ausging und von der Arbeiterbewegung in der ganzen Breite ihres Spektrums, besonders in den Betrieben, aufgenommen wurde, fehlten die Frauen fast vollständig. Die Frauen waren in den lokalen, regionalen und überregionalen Räteorganisationen so schwach vertreten, daß sich bei dem Allgemeinen Rätekongreß, der Mitte Dezember 1918 in Berlin tagte, unter rund 500 Delegierten nur zwei Frauen – eine von der SPD, eine von der USPD – befanden. Am 15. November hatte Marie Juchacz im Namen eines siebenköpfigen Frauenbeirats, der auf einer sozialdemokratischen Frauenversammlung »zur Mitberatung und Durchführung aller die arbeitenden Frauen betreffenden Fragen« gewählt worden war, den Vollzugsrat des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats gebeten, die Straßenbahnerin Alma Fritsch mit Sitz und Stimme in diese Körperschaft aufzunehmen, ebenso wie eine Vertreterin der USPD. Der Vollzugsrat reagierte noch nicht einmal auf diesen Vorschlag. Dies ist weit mehr von symptomatischer als von fortwirkender Bedeutung, denn die Rätebewegung war eine zeitbedingte Erscheinung, die schnell an Einfluß verlor und schließlich als politischer Faktor verschwand. In der Industrie fand sie eine gewisse Fortsetzung durch die Einrichtung der Betriebsräte. Aber auch unter den Betriebsräten waren Frauen eine Seltenheit.

In einigen Gewerkschaften schnellte die Zahl der weiblichen Mitglieder nach dem Krieg in die Höhe, die Leitung der Gewerkschaftsbewegung blieb aber nach wie vor im wesentlichen Männersache. Allerdings ging auch die Zahl der Frauen in den Betrieben nach dem Krieg stark zurück, weil besonders die Verheirateten den heimkehrenden Männern Platz machen mußten. Es gelang den Sozialdemokraten aber nicht, größere

Gruppen der immer noch nach Millionen zählenden erwerbstätigen Frauen als Mitglieder zu gewinnen – darauf deuten die oft wiederholten Appelle der Frauenbüros hin, sich besonders um die Werbung dieser Frauen zu kümmern. Zum anderen ist festzustellen, daß in der Weimarer Zeit nur verhältnismäßig wenige Frauen aus dem Bürgertum den Weg zur Sozialdemokratie fanden; das Gleiche gilt übrigens auch für die Männer. Das von Marie Juchacz immer wieder beklagte Defizit an beruflicher und politischer Ausbildung mußte also von den aus Arbeiterkreisen stammenden Frauen, die das Gros der weiblichen Mitgliedschaft bildeten, mühsam aufgeholt werden. Zu sozialpolitischen und fürsorgerischen Fragen hatten sie aus ihrer eigenen Lebenserfahrung und Interessenlage heraus am ehesten Zugang. So war es für sie eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich vor allem diesen Fragen widmeten, sowohl in ihrer Parteiarbeit an der Basis als auch in den verschiedenen privaten und öffentlichen Einrichtungen, in denen sie in verschiedenen Funktionen wirkten, und auch in den Parlamenten. Die heute vielfach aufgestellte Behauptung, die sozialdemokratischen Frauen seien von ihren männlichen Genossen und von der Parteispitze auf die als typisch »weiblich« geltenden Gebiete »abgedrängt« worden, läßt sich bei näherer Prüfung nicht aufrechterhalten. Es waren vor allem die Fähigkeiten und die Neigungen der in der Sozialdemokratie aktiven Frauen selber, die sie besonders in den ersten Jahren der Weimarer Republik zur Übernahme solcher Aufgaben bestimmten.

Bedenkt man, daß sowohl in der Organisationsform als auch in der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft die Kontinuität von der Vorkriegssozialdemokratie bis zur SPD der gesamten Weimarer Zeit kaum durchbrochen wurde, so erklärt sich auch, daß die Methoden der Frauenarbeit vielfach die gleichen blieben: Werbung und Schulung von Frauen durch Veranstaltung von Versammlungen, Kursen, Leseabenden, durch persönlichen Kontakt und die Verbreitung von Zeitschriften und Literatur. Allerdings erhielten die Frauen durch zwei in der Republik von Sozialdemokraten geschaffene Organisationen neue und ungemein fruchtbare Arbeitsfelder: durch die Kinderfreundebewegung und vor allem durch die von Marie Juchacz gegründete und geleitete Arbeiterwohlfahrt, der in diesem Band ein eigener Beitrag gewidmet ist. Erwähnt muß auch werden, daß viele junge Mädchen durch ihre Zugehörigkeit zur

Sozialistischen Arbeiterjugend, die damals ihre Blütezeit hatte, zur politischen Aktivität kamen. Die Erfahrung einer sowohl in der Kinder- als auch in der Jugendorganisation der Partei praktizierten Partnerschaft der Geschlechter und der Solidarität untereinander stärkte ihr Selbstbewußtsein und ihre Verbundenheit mit der Partei – sie bedeutete für viele eine Prägung fürs Leben. Dies lag unbedingt in der von Marie Juchacz angestrebten Richtung. Denn sie bemühte sich unermüdlich um die Schulung von Frauen, insbesondere der jüngeren, und sie betonte dabei immer wieder, daß man Frauen durch rationale Argumente allein nicht gewinnen könne, sondern auf ihre speziellen Interessen und emotionalen Bedürfnisse eingehen müsse. Theoriediskussionen lagen ihr fern. Für die beste Schulung hielt sie die Erprobung durch die Aktivität. So riet sie den Funktionärinnen, sich nicht vor dem Risiko zu scheuen, auch noch unerfahrenen jungen Genossinnen Verantwortung zu übertragen, denn nur so könne man lernen.

»Die Gleichheit« wurde nach dem Krieg von der Reichstagsabgeordneten Clara Bohm-Schuch, einer feinsinnigen und literarisch begabten Frau, geleitet. Aber die Zeitschrift verlor an Resonanz, ihre Auflage sank immer mehr ab, in der Inflation von 1923 wurde sie schließlich ganz eingestellt. Nun entschloß sich die Partei zu einem neuen Weg: Sie gab ab 1924 eine vierzehntägig erscheinende illustrierte Zeitschrift »Frauenwelt« heraus, die einen breiteren Kreis von Frauen, auch solche, die noch nicht Mitglieder oder Anhängerinnen der SPD waren, ansprechen sollte. Sie brachte Erzählungen bekannter Schriftsteller, Reproduktionen von Werken sozial orientierter Künstler, außerdem Ratschläge für die Haushaltsführung, Erziehung, Hygiene, hatte einen regelmäßigen Modeteil sowie eine Schnittmusterbeilage, und allmonatlich waren einige Seiten für Kinder beigefügt. Sie wollte ihre Leserinnen zu eigener Stellungnahme, zur Mitarbeit und zum Meinungs austausch anregen – es war ihr damit aber nicht viel Erfolg beschieden. Ob es ihr gelang, der Partei noch Fernstehende zu werben, ist ungewiß, obwohl Inhalt und Aufmachung der Zeitschrift dazu durchaus angetan schienen. Unter den Mitgliedern der SPD stieß sie auf herbe Kritik, denn sie hielten sie für zu unpolitisch und ihr Niveau gefiel ihnen nicht. Nun war ja aber nicht die »Frauenwelt« für die Funktionärinnen bestimmt, sondern das allmonatlich erscheinende Informations- und Diskussionsblatt »Die

Genossin«, das Organ des Frauenbüros der Partei. Es wurde unentgeltlich abgegeben und stellte sich die Aufgabe, wie es in einer redaktionellen Notiz von Ende 1926 heißt, »zwischen den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tagesfragen, der Gesetzgebung, den Forderungen, die die Sozialdemokratie an Reich, Länder und Gemeinden zu stellen hat, die für die Frauen wichtigsten und interessantesten Differenzierungen herauszuschälen, um die tätigen Genossinnen zu unterstützen, damit es ihnen erleichtert wird, ihre Propaganda- und Schulungsaufgaben zu erfüllen«. In der »Genossin« machte Marie Juchacz immer wieder konkrete Vorschläge für die Gestaltung von Frauenabenden und -kursen; sie empfahl den auf bestimmten Gebieten – in den Kommunalvertretungen und in den Kreis- und Provinziallandtagen – tätigen Sozialdemokratinnen, sich zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Förderung zusammenzuschließen, bei der Neuaufstellung von Mandaten für Frauenkandidaturen einzutreten und ihre Notwendigkeit zu beweisen. Sie forderte auf, Frauenkonferenzen als Auftakt für Werbeaktionen zu nutzen sowie sich einen Überblick über die in ihrem Gebiet für die Partei besonders in Frage kommenden Zielgruppen – Fabrikarbeiterinnen, Verkäuferinnen, Büroangestellte – zu verschaffen. Sie stellte kontroverse Themen zur Diskussion und informierte über die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenarbeit in Deutschland und in andern Ländern.

Selbstverständlich ist, daß gegen Ende der Republik die eigentlichen Frauenthemen zurücktraten und der Kampf gegen den Nationalsozialismus in den Vordergrund rückte. Der »Internationale Frauentag« wurde im April 1932 unter das Motto »Gegen Krieg und Naziterror, für Sozialismus und Frieden« gestellt. Über 1500 Versammlungen fanden in dieser Zeit statt mit einer durchschnittlichen Besucherzahl von 100 bis 5000 Frauen. In vielen großen und kleineren Städten wurde der »Internationale Frauentag« durch einen Demonstrationzug eröffnet und geschlossen. Auch die Frauenschulungsarbeit konzentrierte sich in den Bezirken damals mehr und mehr auf Fragen der Tagespolitik, der Wirtschaft und der sozialistischen Theorie. Durch die Wirtschaftskrise und die nach dem unerhörten Wahlerfolg der Nazis vom 14. September 1930 immer deutlicher werdende Gefahr für die Republik wurden die SPD-Frauen offenbar in einem vorher kaum gekannten Maße unmittelbar

politisch aktiviert. Bemerkenswert ist auch, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder in jenen Jahren trotz der Wirtschaftskrise zunahm. Marie Juchacz schien ihrem erklärten Ziel, daß die Frauen durch ihre eigenen Leistungen ihre tatsächliche Gleichberechtigung in der Partei erhalten und damit eine besondere Frauenbewegung überflüssig machen sollten, etwas näher gerückt zu sein. Von ihr selber finden wir keine Äußerungen darüber. Denn in dieser Endphase vor dem Sieg des nationalsozialistischen Terrorregimes ging es ihr nicht in erster Linie um die Zukunft der sozialdemokratischen Frauenbewegung, sondern um das Schicksal der Partei und das Schicksal der Republik.

Zum Schluß sei kurz auf die Frage eingegangen, welche Stellung Marie Juchacz in der Partei einnahm. Sie ist schwer zu beantworten, denn man kann sich im wesentlichen nur an schriftlich Überliefertem und äußeren Daten orientieren, wodurch nur ein Teil der Zusammenhänge erfaßt wird. Soweit erkennbar, war seit der Wahl von Marie Juchacz zum Parteivorstandsmitglied im Jahre 1917 weder ihre Position im Vorstand noch als Sekretärin des zentralen Frauenbüros je umstritten. Und was ihre eigene Haltung angeht, so lassen sich keinerlei Anzeichen finden, daß sie selber während ihres Amtierens der Politik und dem Verhalten des Parteivorstandes zu irgendeinem Zeitpunkt mit Kritik begegnete. Das bedeutet allerdings nicht, daß sie mit allem, was die Parteispitze tat und was als Parteilinie galt, einverstanden war. Aber Parteidisziplin hatte für sie solch einen hohen Stellenwert, und Loyalität gegenüber ihren Kollegen war ihr so selbstverständlich, daß sie sich aller Äußerungen enthielt, die auch nur im entferntesten als ein Verstoß dagegen hätten aufgefaßt werden können. Dies wurde ihr sicherlich auch dadurch erleichtert, daß sie zweifellos große Achtung in der Partei genoß und ihre Arbeit geschätzt wurde. Ein Zeichen dafür war auch die Tatsache, daß in einer politisch schon sehr kritischen Zeit, im Mai 1929, das Thema »Die Frau in Politik und Wirtschaft« als besonderer Tagesordnungspunkt von einem Parteitag behandelt wurde und sie dazu ein ausführliches Referat hielt. Die von den Anfängen der Partei bis heute nicht verstummenden Klagen, die Frauenarbeit werde in den eigenen Reihen nicht ernst genug genommen, beantwortete Marie Juchacz mit der Aufforderung an die Frauen, sich durch ihre Tätigkeit Anerkennung zu verschaffen. Hinsichtlich ihrer eigenen Arbeit war sie eher selbstkritisch – nie versuchte sie die Schuld

darán, daß es mit der Frauenbewegung nicht so aufwärts ging, wie sie selber das wünschte, auf mangelnde Unterstützung durch die Gesamtpartei zu schieben. Bedrückt war sie durch die Tatsache, daß die SPD das Frauenwahlrecht eingeführt hatte, jedoch die konservativen Parteien seine Nutznießer wurden. Dies zu ändern, empfand sie als Verpflichtung vor allem der sozialdemokratischen Frauen selber.

Und wie standen die Frauen in der Partei zu Marie Juchacz? Sicherlich konnte ihr kaum eine den Respekt und die Anerkennung versagen. Einige ihrer jungen Mitarbeiterinnen wie Lotte Lemke und Herta Gotthelf fühlten sich ihr auch persönlich eng verbunden. Ihre Sachlichkeit und Verslossenheit ließen aber wohl selten spontane Herzlichkeit oder gar Vertraulichkeit aufkommen – diese Distanz mag aber auch ihre Vorzüge in der Arbeit gehabt haben. An innerer Wärme, Anteilnahme und an Einfühlungsvermögen fehlte es aber Marie Juchacz bestimmt nicht. Ohne diese menschlichen Qualitäten, die zu ihrem ausgeprägten Gerechtigkeits-sinn hinzukamen, hätte sie in ihren letzten Lebensjahren nicht den Biographienband »Sie lebten für eine bessere Welt« schreiben können. Mit diesem Buch hat sie ihren Vorgängerinnen und Zeitgenossinnen in der sozialistischen Arbeiterbewegung – und auch sich selber – ein bleibendes Andenken geschaffen. Es rundet ihr Lebenswerk auf besonders schöne und harmonische Weise ab.
